

0.55, Münn, Hof, Spal, Brä, beite, schid, aufen

Abonnements

Sehen Sie den Verlag und dessen... Vorauß zahlbaren... 4.40 für Deutschland... 2.75 für Österreich...

Der Sozialdemokrat

Ersteint... London... Verlag... German Cooperative Publishing Co. E. Bernstein & Co., London N.W. 114 Kentish Town Road.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

No. 34.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich vertheilten „Sozialdemokrat“ wollen man unter Beobachtung äußerer Verhältnisse abgeben lassen. In der Regel sollen man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Redaktionen. In besonderen Fällen einzuführen.

23. August 1890.

Ueber Parteifragen. I

Nur wenige Wochen noch, und der „Sozialdemokrat“ wird der Vergangenheit angehören. Es scheint uns daher angemessen, wenn wir die kurze Spanne Zeit, die unserm Wirken für die Sache der Partei noch gegeben ist, mehr auf die Besprechung der inneren Parteiangelegenheiten verwenden, die ja ohnehin, und zwar ganz naturgemäß, im gegenwärtigen Moment mehr in den Vordergrund getreten sind.

Und da scheint uns zunächst ein offenes Wort oder, wenn man will, einige offene Worte am Plage über die Vorgänge, deren Schauplatz Berlin, Dresden, Magdeburg in den letzten Tagen gewesen sind.

Möglich, daß wir die Bedeutung dieser Vorgänge überschätzen, daß es sich, wie von Genossen behauptet wird, wirklich nur um eine verhältnismäßig unbedeutende Anzahl von Leuten handelt, die in einer möglichst geräuschvollen, sich „radikal“ gebendenden Opposition gegen die bisherige Parteivertretung ein Mittel sehen, sich ein erhöhtes Relief zu geben, die aber für das Gros der Partei ganz bedeutungslos sind. Wir sind jedoch der Ansicht, daß selbst dann eine Erörterung der Vorgänge von Nutzen sein kann, wie wir überhaupt in politischen Dingen dem Grundgesetz huldigen: Alles ernst und nichts tragisch nehmen. Auch das verhältnismäßig Unbedeutende kann der Beachtung werth sein, sobald ihm ein symptomatischer Charakter innewohnt. Darauf muß also die Untersuchung jedenfalls gerichtet werden.

Als selbstverständlich schicken wir voraus, daß wir in der Thatsache, daß gewisse Leute als Opposition auftreten, weder etwas Ungewöhnliches, noch gar etwas Bedenkliches erblicken. Opposition hat es immer gegeben und wird es immer geben, anders wäre unsere Partei kein wirklich lebender Organismus. Wir selbst haben wiederholt Opposition gemacht, und es gibt wohl keinen Genossen, die Mitglieder der Parteivertretung inbegriffen, der nicht daselbst von sich sagen könnte, der nicht jederzeit wieder in die Lage kommen könnte, Opposition zu machen, bezw. machen zu müssen. Denn das Opponiren gegen Dinge, die man für falsch hält, ist nicht nur das Recht, es ist die Pflicht eines jeden Mitglieds irgend einer Gemeinschaft.

Es ist nicht die Thatsache, daß Opposition gemacht wird, sondern wie und von wem Opposition gemacht wird, was unsere Erörterung veranlaßt. Denn das ist im vorliegenden Falle das Besondere. Die von den Opponenten verfolgten theoretischen u. Gesichtspunkte kommen dagegen erst in zweiter Linie in Betracht. Warum, das wird sich aus dem Folgenden ergeben.

Sehen wir uns zunächst die Personen an, welche sich als Opposition geriren, so ist die Thatsache nicht zu bestreiten, daß es fast alles Leute sind, die der Partei erst unter dem Sozialistengesetz beigetreten sind. Die Gegner stützen ja auch darauf ihr Verweh von dem „Kampf der Neuen gegen die Alten“. Die guten Leute übersehen dabei nur, daß eine Anzahl „Neuer“ noch nicht die Neuen sind; sie bilden nur einen Theil der Neuen, und zwar keineswegs die Mehrtheit derselben. Aber Thatsache bleibt, die Kehler, die Wille, die Müller und was sich um sie herumgruppirt, sind mehr oder minder jung in der Partei und die Meisten von ihnen auch noch recht jung an Jahren. Es sind Leute, welche davon, was und wie die Partei vor dem Ausnahmengesetz war, nur eine sehr unklare Vorstellung haben, denen, welches sonst immer ihre Vorzüge sein mögen, eine wichtige Eigenschaft abgeht: die Erfahrung im Parteileben.

Wir würden darauf kein besonderes Gewicht legen, wenn es sich nicht gerade im gegenwärtigen Moment in der Partei um Dinge handelte, bei denen die Erfahrung ein sehr großes Wort mitzusprechen hat. Gewiß schützt dieselbe nicht vor Irrthümern, und ebenso hat manchmal gerade der durch seine Voreingenommenheit beeinflusste Blick der Jüngeren das Richtige getroffen, im Allgemeinen aber hat die Erfahrung die größere Wahrscheinlichkeit des zutreffenden Urtheils für sich. Man hätte also von den betreffenden jüngeren Genossen

immerhin Eines erwarten dürfen. Möchten sie gegenüber dem Verhalten und den Vorschlägen der Parteivertretung einzuwenden haben, was sie wollten, und möchten sie diese Einwände so entschieden geltend machen, als sie es für nöthig hielten — zu einem Aburtheilen von oben herab sind sie sicherlich nicht berufen. Thatsächlich aber suchen sie grade darin zu erzeiliren. Und zwar um so mehr, von je zweifelhafterem Werth ihre Qualifikationen sind.

Das Neuherrliche hat in dieser Beziehung der Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“, Hans Müller, geleistet. Wenn man die Auslassungen dieses jungen Mannes liest, der kaum in's politische Leben eingetreten ist, so sollte man meinen, die Bebel, die Liebknecht, die Auer, die Singer u. wären nicht nur höchst scholle Gezellen, sondern auch ganz dumme Jungen, die von Parteilassen nicht das Geringste verstehen. Zweifelsohne reichen das Wissen und der Charakter der Genannten nicht entfernt an das Quantum heran, das Herr Müller von diesen Eigenschaften im Besitz zu haben glaubt, aber ein Mann, der so kräftig gegen „Autoritarismus“ zu donnern weiß, hätte von seiner phänomenalen Ueberlegenheit wirklich einen etwas diskreten Gebrauch machen dürfen.

Doch nein — die Ironie ist hier nicht am Plage. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn der genannte Hans Müller, ein absoluter Neuling im Parteileben, in Bezug auf den von der Parteivertretung ausgearbeiteten Organisations-Entwurf wie folgt schreibt:

„Wohl in der Erkenntniß seiner vollständigen Unbrauchbarkeit schweigt sich die sozialdemokratische Presse über den Organisationsentwurf vollkommen aus.“

Blickt man auf den, der das geschrieben, und dann auf die Männer, denen das Herrchen die Penur der totalen Unfähigkeit ertheilt, dann fehlt einem wirklich der parlamentarische Knoblauch für ein solches Gebahren. Es gehört die Arroganz der aufgeblasenen Unwissenheit dazu, aus der Thatsache, daß nicht alle Genossen mit ihrem Urtheil über den Organisationsentwurf so schnell bei der Hand sind, wie Herr Müller und seine Freunde mit ihrer „vernünftigen“ Aburtheilung, sich das Recht zu vindiciren, ihr vorläufiges Schweigen für eine Beurtheilung zu erklären. Vorläufig besagt es nur, daß andre Leute sich über die Schwierigkeiten der Organisationsfrage mehr Rechenschaft geben, als der forsche Herr Student.

Und wer nicht denkt, Dem wird sie gelohnt, Er hat sie ohne Sorgen.

Gewiß sind einzelne Punkte des Entwurfs auch uns im ersten Augenblick bedenklich erschienen, aber wir haben uns zugleich gesagt, daß die Männer, die sie ausgearbeitet, sicherlich nicht leichtfertig, sondern nach reiflicher Berücksichtigung der Verhältnisse, mit denen die Partei in Deutschland zu rechnen hat, zu ihrer Formulirung gelangt sind. Und so wie wir werden wohl auch andere gedacht haben, ohne sich damit selbstverständlich ihres Urtheils zu begeben. Aber sie mögen es für richtiger gehalten haben, erst die Gründe zu vernehmen, die zu den betreffenden Vorschlägen Anlaß gaben, ehe sie ins Blaue hinein verdomerten.

Aber Herr Müller und seine Genossen. Ihr Urtheil war sofort fertig. Und wie urtheilten sie. Dafür nur einige Beispiele. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“, bezw. irgend einer der anonymen Mitarbeiter dieses Blattes, findet es höchst unpassend, daß der Kongreß schon gleich im Oktober stattfinden soll. Man hätte wohl ganz gut noch drei Monate warten, und die Zeit zur öffentlichen Diskussion verwenden können, meint er; der frühe Termin liege keineswegs im Interesse der Gesamtpartei. Also bloß im Interesse der Fraktion, muß der Leser schließen. Was die Auer, Bebel u. doch für Schufte sind. Was wetten wir aber, daß wenn die Auer, Bebel u. den Kongreß zum Anfang Januar einberufen hätten, eben derselbe Kritiker erklärt hätte, das sei die höchste Annahme, die Fraktion habe ihre Vollmachten unmittelbar nach dem 1. Oktober der Partei zurückzugeben gehabt, und nun klammerten sie sich noch drei Monate länger an dieselben.

Herr Baurath Kehler wiederum droht in seinem „Vereinsblatt“ bereits mit dem Staatsanwalt. Der Satz, daß zur Parteigenossenschaft eine dauernde materielle Unterstützung erforderlich sein soll, erregt seine „kriminal-rechtlichen“ Bedenken. Dadurch stemmt sich die Partei zu einem Verein, und falls unter den § 8 des preussischen Vereinsgesetzes. Also keine Kontrolle der Parteizugehörigkeit, lassen wir jeden in die Parteiverhältnisse dreinschwagen, der sich Parteigenosse zu nennen beliebt.

Keine Kontrolle! Und vor allen Dingen keine Kontrolle der Parteipresse!

„Die Sozialdemokratie ist nach unsrer Ansicht eine „Demokratie“, erklärt Herr Kehler, „und damit ist eine „Kontrolle“ der Presse unvereinbar.“

Zunächst ist uns neu, daß mit einer „Demokratie“ die Kontrolle ihrer Organe unvereinbar sein soll. Und von einer anderen Presse, als denjenigen Blättern, die Anspruch darauf erheben, als Organe der Partei zu gelten, ist hier nicht die Rede. Außerdem geht es auch nicht, ohne Weiteres zu sagen: die Sozialdemokratie ist eine „Demokratie“, und mit einer solchen u. Die Sozialdemokratie ist in erster Reihe eine

kämpfende Partei, die sich zwar so weit als möglich demokratisch organisiert, auf die aber, grade weil sie eine kämpfende Partei ist, keineswegs alle Grundzüge uneingeschränkt übertragen werden können, die für bürgerliche — das Wort im weiteren Sinne genommen — Gemeinwesen passen. Uebrigens pflegen auch die demokratischen Gemeinwesen, sobald für sie der Kriegszustand eintritt, ihre Verfassungen entsprechend zu modifiziren. Und die Sozialdemokratie ist im beständigen Kriegszustand.“

Uebrigens muß man sich unter der „Kontrolle“ der Partei auch nicht das Schreckgeheim darstellen, das die Herren Kehler, Müller, Wille u. an die Wand zu malen beliebten. Hat sie schon früher zu keiner Zeit eine Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung bedeutet, so kann davon jetzt erst recht nicht die Rede sein. Wie wenig den Genossen, die den Entwurf ausgearbeitet, eine solche Absicht vorzuschwebte, geht aus einer Mittheilung Bollmar's in der „Münchener Post“ hervor. In einem Artikel „Die neue Einrichtung der Partei“, in der er gegen einige Paragraphen im Entwurf polemisiert, schreibt Bollmar:

„Als über die Neugestaltung unserer Presseverhältnisse verhandelt wurde, war es gerade der jetzt mehrfach angegriffene Genosse B., welcher darlegte: jetzt, wo wir eine große Partei, sei an die Leitung der gesammten Presse von einem Orte aus selbstverständlich nicht mehr zu denken; die örtlichen Parteiorgane hätten selbstständig zu werden — wir müßten uns an eine offene und freie Kritik gewöhnen. Und Niemand widersprach dem.“

Ebenso wird jeder, der Liebknecht genauer kennt, diesem das Zeugniß ausstellen, daß derselbe in Bezug auf die Freiheit der Presse stets den weitherzigsten Standpunkt vertreten hat. Es lag zu dem Befehle über bedrohte Meinungsfreiheit nicht der mindeste Anlaß vor. Dagegen wollen wir Herrn Dr. Wille Eines bemerken. Er ist in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ gegen die „Korruption“ zu Felde gezogen, die das Sozialistengesetz in das Parteileben gebracht habe. Er hat das Wort später ziemlich eingeschränkt, aber wie er es auch gemeint hat, wir wollen es gelten lassen. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß das Sozialistengesetz anormale Zustände in der Partei geschaffen hat, die beseitigt werden müssen. Aber heißt es nicht den Teufel durch Beelzebub vertreiben, wenn man die Vollmachten gewählet und darum verantwortlicher Beamten möglichst einschränkt, dafür aber der Omnipotenz einer nicht verantwortlichen Masse das Wort redet? Gibt es nicht auch eine Pressekorruption? Die uneingeschränkte Unabhängigkeit der Blätter ist keineswegs eine absolute Bürgschaft für eine allseitige freie Diskussion. Ein Blick auf die bürgerliche Presse mag die Antwort auf diese Fragen ertheilen.

Aber freilich, die Herren wollen ja die Sozialdemokratie in Bezug auf die Organisation auf dem Niveau der bürgerlichen Parteien erhalten. Nehmen wir an, ihr Bestreben ginge durch, was würde die Folge sein? Grade das, was sie so heftig bekämpfen: Wird die Partei in jeder Weise dezentralisirt und die Presse der Spekulation überliefert, so erhält die Reichstagsfraktion durch die Natur der Dinge eine Autorität, stärker als sie sie je befehen hat.

Zur „Spaltung“.

Ueber die in unserm heutigen Heft und in Korrespondenzen aus dem Reich verschiedentlich behandelten Differenzen haben in Dresden und Magdeburg die Genossen in öffentlichen Versammlungen entschieden. Wir bringen aus dem „Berliner Volksblatt“ nachstehend die Berichte darüber.

Dresden, 11. August. Die in der Bebel'schen Erklärung angegebene Parteiversammlung in Sachen der „Sächs. Arbeiterzeitung“ fand gestern Vormittag 11 Uhr im Trianon statt. Die Versammlung war von weit über 2000 Personen besucht, darunter Genossen aus der weitesten Umgegend: Großenhain, Reichen, Riesa, Sebnitz, Rauen, Freiberg, Döbeln u. u.

Man hatte nicht öffentlich eingeladen, sondern per Juktular unter der Hand, um Reugierige und Gaffer fern zu halten. Die Genossen Rade, Weibener und Böttcher bildeten das Bureau, Genosse Bebel referirte. Wir übergeben mit Absicht die diesfälligen, ziemlich sehr lebhaften Verhandlungen und theilen nur mit, daß schließlich bei der Abstimmung für und wider die von Bebel vorgeschlagene und allen Theilnehmern gedruckt vorliegende Resolution mit allen gegen 10-12 Stimmen Annahme fand.

Mit diesem Hinweis ist das Verweh der bürgerlichen Kritiker des betreffenden Paragraphen im Organisationsentwurf zu beantworten. Eine kämpfende Partei kann nicht das Antlitzbild einer Gesellschafts-Organisation sein. Daß übrigens dieselbe „Sächsische Arbeiterzeitung“, die soeben noch pathetisch erklärt hat: „was die bürgerliche Presse über uns schreibt, muß uns absolet gleichgültig bleiben“, jetzt mit Beistimmen aus dem freiliegenden und ultramontanen Lager zurück, um den Organisationsentwurf zu bekämpfen, ist ebenso belustigend wie für den Charakter der gegenwärtigen Macher dieses Blattes bezeichnend.

Gegen eine in einer Berliner Versammlung geäußerte Insubordination, diese Art Einberufung sei von der Fraktion u. u. befehlet worden, um die Fraktionsgegner auszuschließen, erklärte das Bureau der Dresdener Versammlung im „Berliner Volksblatt“, dieselbe sei erfolgt von Vertrauenspersonen der Dresdener Genossen in einer Weise, daß diese Tage lang vorher Kenntniß davon hatten, die Fraktion habe selbstverständlich gar nichts damit zu thun gehabt. Ihr Zweck war ja einfach: Eine Parteiarbeitelegenheit im Schooße der Partei zu behandeln und Parteigegner wie Judasferris fernzuhalten.

\* Der obige Artikel war geschrieben, ehe uns der Bericht über die Volksversammlung in Magdeburg vom 14. d. M., sowie die Erklärung des Genossen Auer in Nr. 189 des „Berliner Volksblatt“ zu Gesicht kam. Belegte durch das Tadelvotum der großen Mehrheit der Magdeburger Genossen gegen die Redaktion der „Magdeburger Volksstimme“, und die Auslassungen Auer's über einen der meist angefochtenen Punkte des von der Parteivertretung ausgearbeiteten Organisationsentwurfs ein erheblicher Theil unserer Ausführungen überholt ist, so lassen wir den Artikel doch unverändert stehen, weil er, wie immer man über die darin entwickelten Ansichten denken mag, vielleicht gerade als Stimmungsbild, als Kehler des Grundrisses, den die betreffenden Vorgänge auf im Auslande wellende Genossen gemacht, ein gewisses Interesse beanspruchen dürfte. Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ ist bei ihrer Stellungnahme von keinerlei persönlicher Voreingenommenheit geleitet worden. Sie hatte mit Herrn Müller noch vor einiger Zeit einen kurzen, aber durchaus freundschaftlichen Briefwechsel gepflogen, und mit seinem Mitredakteur, Paul Kamossiniger, seinerzeit in Jülich held auf bestem Fuß verkehrt. Das konnte uns natürlich nicht abhalten, unserer Meinung über das unverantwortliche Verhalten der „Magdeburger Volksstimme“ und des Herrn Müller rückhaltlos Ausdruck zu geben. Die Erklärung Auer's und den Bericht über die Magdeburger Volksversammlung findet der Leser an anderer Stelle unseres Blattes. Red. des „Sozialdemokrat“.

Die angenommene Resolution lautet: Die Verammlung erklärt: Die „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hat durch die Form ihrer Kritik in einer Reihe von Artikeln, die sich direkt und indirekt auf die Parteiverhältnisse beziehen, und insbesondere durch ihre ungeduldeten Angriffe auf die Parteileitung, die Parteifache schwer geschädigt und spricht die Verammlung darüber ihren entscheidenden Tadel aus. Um künftig ähnlichen Vorkommnissen zu begegnen und in der Erwägung, daß unter den gegenwärtigen Eigentümern des Blattes eine Aenderung in der Haltung derselben nicht zu erwarten ist, es auch nur den Parteigegnern entspricht, daß ein Blatt, das als Parteiorgan gilt, dem Einflusse der Partei und der Parteikontrolle unterworfen ist, ernannt die Verammlung eine Kommission, welche die Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zu überwachen hat. Ferner wird diese Kommission beauftragt, mit den Eigentümern des Blattes zu unterhandeln, damit das Blatt vom 1. Oktober dieses Jahres ab in das Eigentum der Partei übergeht. Die Kommission ist verpflichtet, in kürzester Frist eine zweite Verammlung zu berufen, in der die Kommission über den Erfolg ihrer Schritte Bericht erstatten soll. Nach Annahme der Resolution erklärten die Eigentümer der Zeitung, die Herren Schönfeldt und Harnisch, daß sie bereit seien, die Zeitung der Partei zu übergeben, und zwar, da sie vom 1. September ab die Umwandlung der Zeitung in ein tägliches Blatt beabsichtigt hatten, schon von diesem Tage ab. Die Verammlung nahm diese Erklärung zustimmend entgegen. Hieran wurde eine Kommission von 9 Mitgliedern gewählt, je 3 aus dem 4., 5. und 6. Reichstagswahlkreise, um alle nötigen Schritte zur Uebernahme des Blattes zu vollziehen.

Magdeburg, 14. August. Die zweite Verammlung, die gestern Abend im „Schloßgarten“ stattfand, um in den Streitfragen, die in den letzten Tagen einen Theil unserer Parteipresse, darunter die hiesige „Volksstimme“, in erster Linie beschäftigten, war von circa 3000 Personen besucht. Viele Hunderte mußten wegen Mangel an Platz wieder umkehren. Nachdem das Bureau gewählt worden war, erhielt Herr Bebel das Wort, der in längerer Rede gegen die Haltung der hiesigen „Volksstimme“ in diesen Fragen und gegen den Bruno Wille'schen Artikel sich aussprach, indem er auf die einzelnen Angriffspunkte ausführlich einging. Herrn Bebel antwortete der Redakteur der „Volksstimme“, der zu beweisen suchte, daß allerdings die Angriffe eine gewisse Berechtigung hätten und daß es sich um prinzipielle verschiedene Auffassungen handelte. Nach dreistündiger lebhafter Verhandlung, an welcher sich noch eine Anzahl Genossen für und wider betheiligten, schritt man zur Abstimmung. Es lagen im Ganzen 5 Resolutionen vor, von welchen vier sich gegen die Haltung der Redaktion erklärten, eine derselben das volle Vertrauen aussprach. Man kam überein, die Resolutionen in der Reihenfolge, wie sie eingebracht waren, zur Abstimmung zu bringen, und kam infolgedessen die Bebel'sche Resolution zuerst zur Abstimmung, die mit einer Majorität von 1/2 gegen 1/2 der Abstimmenden Annahme fand. Damit waren die übrigen Resolutionen erledigt. Die angenommene Resolution lautet: Die Verammlung erklärt: Die Redaktion der „Volksstimme“ hatte keine Veranlassung, sich in den persönlichen Streit, den der Genosse Bebel mit der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und Herrn Bruno Wille hatte, einzumischen, um so weniger, da bisher von keiner Seite bewiesen worden ist, daß die in dem Wille'schen Artikel gegen die Parteileitung gerichteten Angriffe mit Grund erhoben wurden. Außerdem gehörte eine solche Anklage nicht in die Presse, sondern vor den Parteitag. Die Verammlung verlangt deshalb, daß die Redaktion der „Volksstimme“ die weitere Polemik in dieser Sache einstellen und sich aller persönlichen Angriffe so lange enthalten, als sie dazu nicht provoziert wird. Hieran ging die Verammlung in aller Ruhe auseinander. Die Redaktion der „Volksstimme“ (Hans Müller, Paul Kompfmeier) erklärt daraufhin, daß sie von ihrem Amte zurücktritt; sie wird aber „auf Wunsch der Zeitungskommission“ so lange bei der Fortführung des Blattes thätig sein, bis Erbstay geschaffen ist.

Im Anschlusse hieran lassen wir eine vom Genossen Auer im „Berliner Volksblatt“ publizierte Aufschrift folgen, in welcher er die Beweggründe anführt, welche für die Fraktion maßgebend waren, als sie in den Organisationsentwurf die verschiedentlich angeforderte Bestimmung aufnahm, daß die Kontrolle über den Parteivorstand, bezw. dessen Geschäftsfähigkeit der Reichstagsfraktion übertragen werden soll, statt wie früher eine eigene Kontrollkommission zu ernennen. Diese Aufklärung lautet: Obwohl es nicht angeht, wie in der Nr. 186 des „Berliner Volksblatt“ bereits ausgeführt ist, auf alle Einwürfe einzugehen, welche gegen den von der Fraktion ausgearbeiteten und veröffentlichten Organisationsentwurf bereits laut geworden sind und vielleicht noch vorzutragen werden, so ist es doch ein Interesse der Fraktion, die Motive, welche zu den einzelnen Bestimmungen geführt haben, darzulegen, so erscheint es mir doch angebracht — schon um die Genossen im Lande vor etwaigen vorläufigen Beschlüssen zu schützen — auf den anscheinend schwerwiegendsten Einwurf, den der Kritiker der „Sächs. Arbeiterzeitung“ erhoben hat, bereits jetzt mit einigen Bemerkungen zu antworten. Der erwähnte Artikel meint nämlich, daß der Entwurf der Reichstagsfraktion eine „ungemeinere Machtstellung“ einräume, und findet dies-

selbe in dem Kontrollamte, das der Entwurf in den §§ 16 bis 18 der Fraktion überträgt. Ohne mich nun weiter mit den Nebenwärtigkeiten zu beschäftigen, welche der Herr Kritiker in seinem Artikel über die Fraktion zum Besten gibt — wobei der Herr und seine gleichgesinnten Freunde, deren es ja hier und da geben soll, immer vergessen, daß die Fraktion doch schließlich nicht besser, aber auch nicht schlechter sein kann, als die Partei, aus der sie hervorgegangen ist und von der sie einen Theil bildet — will ich nur den Grund angeben, weshalb der Fraktion die Kontrolle übertragen werden soll und weshalb man nicht, wie dies in der früheren Organisation der Fall war, eine eigene Kontrollkommission vorschlägt. Es war durchaus nicht freier Wille, noch viel weniger eine Aushöhlung der Fraktions-Herrschaft, was uns dazu brachte, die ursprünglich im Entwurf sogar vorgesehene Kontroll-Kommission fallen zu lassen, sondern wir handelten dabei nur: der Noth gehörend, nicht dem eigenen Triebe.

In den neuesten Entwürfen auf dem Gebiete der Rechtsprechung gegenüber Arbeitervereinigungen geht nämlich die, daß gewählte Kommissionen von geringer Mitgliederzahl, seien es auch nur 3, 5 oder 7 Mann, unter Umständen als selbständige Vereine zu betrachten und demgemäß zu behandeln seien. — Sollten wir uns nun nicht der Gefahr aussetzen, den Parteivorstand, bestehend aus 5 Mann, und die Kontroll-Kommission, aus 7 oder 9 Mann zusammenzusetzen, je als einen selbstständigen politischen Verein erklärt zu sehen, die wegen „Anverwandlung“ sofort in der legalsten Weise aufgelöst werden könnten, so müßten wir einen Ausweg suchen.

Dieses glauben wir nun auch gefunden zu haben, indem wir — ganz so wie es bei allen anderen Parteien auch geschieht — die parlamentarische Vertretung mit der Parteikontrolle betrauen. Ob dieser Ausweg unter allen Umständen vorzuziehen ist, das ist eine Frage, die Niemand zu bejahen wagen wird. Der deshalb einen besseren Vorschlag zu machen weiß, der mag damit herantreten; nur mit dem Vorwurfe verschone man uns, daß die Fraktion durch diese Bestimmungen sich eine „ungemeinere Machtstellung“ habe sichern wollen. Im Gegentheil: Niemand wird dem Anführer eines praktischen Vorschlages dankbarer sein als die Fraktion selber, welche dadurch vor der Möglichkeit behütet bleibt, von einem fündigen Staatsanwalt als politischer Verein erklärt und wegen Verletzung des Vereinsgesetzes bis zum letzten Mann eingesperrt zu werden. Mögen also die Herren Kritiker nur ihr Gehirn anstrengen und möglichst praktische Vorschläge ausdenken, das wird der Partei viel dienlicher sein, als die Fraktion, deren Mitglieder doch sozulagen auch noch Parteigenossen sind, mit den albernsten und unbewiesenen — weil unbeweisbaren — Vorwürfen und Verdächtigungen zu behelligen.

Deisenhofen b. München. J. Auer.

### Sozialpolitische Rundschau.

London, 20. August 1890.

Deutschland, den 16. August. Der 1. Oktober war für unsere Feinde ein Tag großer Hoffnungen. Was der erste Mai nicht leistete, das sollte der erste Oktober leisten: er sollte der Welt zeigen, daß die Sozialdemokratie keine zivilisierte Partei oder Gesellschaft sei, mit der man in zivilisierter Weise verkehren könne, sondern eine Sammlung von Rabaukbrüdern, wilden Heulen, Catilinischen Eristenzen — kurz die bekannte vile Multitudo, die man sich auf die eine oder andere Weise, im Interesse der öffentlichen Ordnung und Reinlichkeit vom Hals schaffen müsse.

Ihr habt das Ausnahmegesetz nicht haben wollen, gut, wir haben Euch den Willen gestan, wir haben dem sozialdemokratischen Pöbel unsere kritisch-humane Gesinnung bewiesen — und das ist der Dank, das ist der Lohn! Seht wie die Durken sich aufführen — die wüthenden Orgien feiern, wie Hund und Katzen auf einander losbrechen und losfragen. Ist es nicht eine Schande! Nun — das Ausnahmegesetz habt ihr nicht gewollt — es hat ja auch nichts genützt. So müssen wir uns und der bedrohten Zivilisation auf andere Art helfen: die Flinten muß schleichen, der Säbel hängen! — Sobald das Gesindel sich aufrückt! — So gedachte man zu der zivilisierten Welt wenige Wochen nach dem 1. Oktober sprechen zu können.

Kurz, unsere Feinde glauben, die Aufhebung des Sozialistengesetzes zur Diskreditirung der Sozialdemokratie benutzen zu können.

Unser Stärke, die bei den letzten Reichstagswahlen zum Schrecken unserer Feinde sich so gewaltig offenbart hat, liegt darin, daß wir die einzige Partei sind, welche die ernstlichste Forderung der sozialen und politischen Schäden der Gegenwart erstrebt und ein den Interessen der arbeitenden Klassen und Massen: der ungeheuren Majorität des Volkes, entsprechendes Programm hat. Das von den bisherigen prinzipienlosen, gelbeisernen und veräuligten Taktik unserer Partei drang in die Massen immer tiefer und tiefer die Ueberzeugung ein, daß allein bei der Sozialdemokratie das Heil zu finden, allein unter ihrem Banner zu stehen sei.

Unser Feinde sind verloren, wenn die sozialdemokratische Bewegung sich fortwährend weiter ausbreitet:

Gleich bei den ersten Worten schloß mir der Gedanke durch den Kopf, dem Direktor fehlen offenbar die Beweise meiner Thätigkeit; er will sie erst durch Vergleichung von Schriftproben erlangen.

Besser kannst Du nicht schreiben? Da können wir Dich nicht branden, meinte der Hausvater, nachdem er mein Geschriebenes durchgesehen. Der Kuffcher, der mich geholt hatte, wurde beauftragt, mein Schreiben nach der Direction zu bringen. Als auch der Hausvater das Zimmer verließ, gab mir der anwesende Schreiber (ebenfalls ein Sträfling) Aufschlüsse über den Stand meiner Sache.

Er hatte Gelegenheit gehabt, eine Unterredung des Sanitätsraths mit dem Seelensarzt im Lazareth mit anzuhören. Danach sollte der Direktor die Sache einer Konferenz vorgelegt und für sich 30 Preiskontingente beantragt haben. Der Antrag wurde von Wodder unterzogen. Aber der evangelische Pastor, der Arbeitsinspektor und der Sanitätsrath widersprachen dem. Weiterer führte an: Bei der schwachen Konstitution des Wunderlich und bei seinem derzeitigen schlechten Gesundheitszustand könne er (der Rath) die Verantwortung nicht übernehmen. Man möge Wunderlich gelad befragen und ihn in eine andere Anstalt verlegen. Mit dem Schlußsatz sei der Rath beim Direktor schon angekommen; was ihm bis jetzt nicht gelungen sei — den Wunderlich zu „bessern“ — könne in einer anderen Anstalt erst recht nicht gelingen.

Und so werden Sie wohl mit einigen Worten Dunkelarett davon kommen, sagte der Schreiber hinzu. Aber Mensch, was haben Sie denn eigentlich gefürchtet? Der Rath meinte, Wunderlich muß toll sein, den Löwen so zu reizen; wir werden ihn wohl nächstens auf seine Zurechnungsfähigkeit zu untersuchen haben.

Diese Gedrängung hob meinen Muth und meine Lebenslust gewaltig. Des Mittags nochmals Schreibstunde; die erste Probe war wahrscheinlich nicht zur Zufriedenheit ausgefallen. Am andern Morgen wurde ich dann dem Direktor vorgeführt. Und da wurde mir folgende Eröffnung:

Da hast zwar Deine Schrift geschickt, verstellst, doch mich kannst Du nicht täuschen. Gewisse Buchstaben in „Freie Gedanken“ sind mit denselben Buchstaben in Deiner gestrigen Schriftprobe unverkennbar verwechselt. Du bekommst vorläufig 14 Tage Dunkelarett, das Weitere wird Dir die Staatsanwaltschaft erzählen.

Mit diesem Ausgang war ich zufrieden. 14 Tage konnte ich zur Noth noch herunterreizen. Gammel bekam auch 14 Tage und Binger 14 Nächte Arrest.

Und wie wurde unsere Verbindung entdeckt? Wie von Aufsehern, vom Kalkator und von einigen Genossen behauptet wurde, sollte Dade der Ueberbringer gewesen sein. Ob er mit Recht der Unrecht beschuldigt wurde, und wenn er wirklich der Ueberbringer war, ob aus Absicht oder Fahrlässigkeit, konnte ich nicht beurtheilen. Jedenfalls wäre die Geschichte unentdeckt geblieben, wäre das Blatt, nachdem es alle gelesen, jogleich vernichtet worden. Der Kuffcher von D 1

Der Versuch, durch ein Ausnahmegesetz die Ausbreitung zu hindern, ist mißglückt.

Der Versuch, uns durch „falsche Brüder“ zu „anarchistischen“ Thaten zu verleiten und vor die Kanonen des Militärkoads zu treiben, ist ebenfalls mißglückt.

Reibt das Dritte: die Sozialdemokratie zu selbstmörderischen Streiftugenden zu verleiten, und zu bewirken, daß sie der Welt ein Abheben erregendes Schauspiel darbiete. Diese grimmig gedachte und noch mehr gefährliche Sozialdemokratie, zu der die „bedürftigen“ Volksmassen aufstehen als zur Ketterin und Geliebten, sie soll sich vor versammeltem Volk das Diadem der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit abreißen, den Mantel der Menschlichkeit und Kultur abwerfen und sich als eine häßliche Negare entpuppen, die wie ein Fischweib schlingt, und den betrunken gemachten Gelsten der Spartaner gleich die Niedrigkeit ihres Wesens in ihrem Benehmen und ihren Handlungen enthüllt — kurz wir sollten der Welt ein abfärschendes Exempel sein. Die „Führer“ — deshalb „Führer“, weil sie in dem Kampf für die Sozialdemokratie in den vordersten Reihen gekämpft — sie sollten des Rindes der Aufopferung, der Selbstlosigkeit, des Idealismus entleiden und denen, die bisher Vertrauen zu ihnen gehabt, als gemeine Intriquanten, ehrgeizige Geschäftspolitiker — mit einem Wort als verachtungswürdige Lumpen hingestellt werden.

Und worin müßte die betrübliche Arbeit von „Genossen“ verrichtet werden, denn wenn die Feinde es direkt thäten, so war von vornherein der Mißerfolg gesichert. Es fällt uns nicht ein, den Herren Wille, Müller, Sommer, Harnisch u. s. w., die bei dieser traurigen Arbeit mit ihrer Person an das Licht getreten sind, nachzulagen, sie seien von den Feinden der Sozialdemokratie zu ihrem Thun angestiftet und dafür bezahlt; daß sie aber die Arbeit unserer Feinde verrichten, das kann für keinen denksfähigen Menschen einem Zweifel unterliegen. Die Herren der „Opposition“ mögen den besten Willen von der Welt gehabt haben, mit den besten Vorsätzen von der Welt an die Arbeit gegangen sein — an der Wirkung ihres Handelns ändert das nichts, und der Weg zur Hölle ist sprichwörtlich mit guten Vorsätzen gepflastert. Wer in der Schmach sich gegen mich wendet, ist mein Feind, auch wenn er mein Kamerad war und mir noch so eifrig versichert, im Interesse unserer gemeinsamen Sache wende er sich gegen mich.

Ausdrücke augenblicklichen Muthes sind unter den besten Genossen nicht zu vermeiden, allein niemals darf ein Kamerad den Kameraden Angesichts des Feindes, und unterhalb dem Beifall des Feindes, anfallen und angreifen. Da hört die Kameradschaft auf. Zugegeben, daß die Herren Wille, Sommer, Müller, Harnisch u. s. w. die Partei auf dem Weg ins Verderben glauben und es für notwendig hielten, ihre warnende Stimme zu erheben — von dem Moment an, wo sie durch den jubelnden Beifall aller feindlichen Parteien belehrt wurden, wessen Arbeit sie verrichteten, mußten sie Halt machen, und ihren Zweck: die Partei vom Verderben zu retten, auf andere Weise zu erreichen trachten. Jemand, den ich aus dem Wasser ziehen will, werfe ich doch keinen Strich um den Hals, mit dem ich ihn erdroffele. Und der Jemand, den die Herren der Opposition „retten“ wollten, lag nicht einmal im Wasser — den Strich werfen sie ihm aber um den Hals. Nun — der Strich ist durchschwommen, und die Sozialdemokratie wird den 1. Oktober in derselben guten Gesundheit überdauern, wie weiland den 1. Mai. — Die Partei im Großen und Ganzen ist durch diese Vorkommnisse gar nicht berührt worden — wie wir bereits mittheilten. Die „Opposition“ trat bloß an wenigen Punkten und rein lokal auf, und der Umstand, daß die Fraktion einig blieb, und daß nicht einer der bewährten und allgemein bekannten Genossen sich der „Opposition“ anschloß, beruhigte sofort das Gros der Partei. Die Verammungen in Dresden und in Magdeburg haben gezeigt, daß die Herren der Opposition in der Partei keinen Boden haben, und die Verammlung, welche für nächsten Mittwoch in Berlin anberaumt ist, wird genau das nämliche Resultat ergeben. Die im Ausland lebenden Genossen dürfen sich nur nicht durch die Berichte der gegnerischen Blätter irre führen lassen. Die Bourgeoisie- und sonstigen Reaktionsblätter liegen in dieser Sache wie gebraucht. Die „Spaltung“ im Schooße der Sozialdemokratie ist bereits zu einer „Revolution“ angewachsen — Bebel, der in der Dresden-Verammlung einen „Oppositions“-Sprecher etwas lebhaft zur Rede stellte, hat diesen „geprügelt“, Wille hat in Berlin vor Tausenden — in Wahrheit vor 3 bis 400 — einen „glänzenden Sieg über Bebel“ davongetragen, — und was der Lügen mehr sind. Die Genossen im Ausland mögen beruhigt sein, die „Opposition“ ist schon beim Anfang des Endes angelangt, und der halbe König wird sich mit keiner „Vertheilung“ zu beschäftigen haben.

Inzwischen sehen die Parteigenossen sich sehr sorgfältig den Organisationsentwurf an. Nur an unwesentlichen Punkten wird dies und jenes angelegt. Die Behauptung der „Opposition“, die Fraktion habe durch den Entwurf sich eine „Diktatur“ sichern wollen, wird allgemein verflucht. Daß die Fraktion in dem Entwurf eine große Rolle spielt, als unter normalen Verhältnissen der Fall sein würde, erklärt sich aus den deutschen Verhältnissen, die z. B. eine „Kontrollkommission“, so wie wir sie früher hatten, nach den neuesten Gerichtsverordnungen einfach unmöglich machen. Natürlich für die Herren Wille, Müller u. s. w., die von derartigen Dingen keinen Begriff haben — sie sind ja noch ganz jung in der Partei — existiren solche Erwägungen nicht; diese Herrenmeister und Wundermänner machen Alles mit „Vedenshaft“ und „gutem Willen“ und souveräner Verachtung für Thatsachen und gesunden Menschenverstand.

wollte durch das Quälen der Hellsünder gehen, wie Dade das Blatt dem Kaplan Becker zu lesen gab. Dade häudigte die „Freien Gedanken“ während der Freistunde dem Gammel wieder ein, und gleich darauf wurde revidirt.

### Kirche und Literatur.

Die katholischen Sträflinge müssen jeden Sonntag und Mittwoch, die evangelischen Sonntag und Donnerstags den Gottesdienst besuchen. Der Gottesdienst beider Konfessionen wird in ein und derselben Kirche abgehalten. Während die Lust noch erfüllt ist von den Tränen der alleinstehenden Kirche und von Angriffen gegen die evangelische Lehre, wird eine Viertelstunde später durch den Mund des Pastors gegen die gottesdienstlichen Römlinge geistert.

Die Kirche befindet sich im Hauptgebäude der fünf Flügel, oben im dritten Stock. Portiere wohnt die Familie des Direktors, den ersten Stock haben beide Inspektoren inne, und die zweite Etage enthält die Wohnung des Pastors und Kantors. Um diese Gebäude herum gruppiren sich die mit Sträflingen belegten Flügel, so daß Flügel A links, C rechts, und B und D, beide in einer Front stehend und aneinander gebaut, hinter dem großen Mittelbau stehen. Diese Flügel liegen alle kreuzförmig von einander ab, sind aber oben im dritten Stock mit dem großen Mittelbau durch verdeckte Gänge verbunden; diese Gänge münden in die Kirche. Zehn Minuten vor Beginn des Gottesdienstes werden die drei Jünglinge der Kirche gedrückt und von allen Sträflingen in die Kirche, von Aufsehern begleitet, herein. Die Sträflinge sitzen eng bei einander auf Bänken ohne Lehnen. Die Aufsicht während des Gottesdienstes ist sechs Aufsehern übertragen; zwei sitzen vorne und vier auf beiden Seiten an der Wand, alle auf erhöhten Sigen. Doch auch Wodder ist befohlen, daß kein Sträfling vom Gottesdienst abzuwehlt. Wenn Wodder den Segen gibt, wobei er sich den Sträflingen zuwendet, steigt sein Blick blühschnell über die Verammlung hin, und nebe dem, der in diesem Moment von ihm beim Sprechen bemerkt wird. Nach Beendigung des Gottesdienstes kommt Wodder ganz sicher auf den Sinder zu und fordert einen Aufseher auf, ihn zu melden. So wird Wodders Segen Manchem zum Fluch — zum Dunkel-Arrest bei Wasser und Brod.

Der Abwechslung halber gehen des Sonntags die Sträflinge verhältnismäßig gerne in die Kirche. Eine Orgel begleitet den Gesang der Sträflinge, aber, richtiger gesagt, der Gesang der Sträflinge begleitet die Orgel. Doch kommt es zuweilen vor, daß die Orgel mit einem schrillen Pfiff verstimmt — die Arbeit einstellt — und trotz allem Treten und Drücken keinen Laut mehr von sich gibt. Dann müssen sich die Sträflinge allein behelfen, und ihr Sang offenbart sich hernach in seiner ganzen Erbarmlichkeit.

### 7 Feuilleton.

#### Aus dem Tagebuch eines politischen Zuchthäusers.

##### Noch einmal im Dunkelarett. (Fortsetzung.)

Je länger ich den Selbstmordgedanken überdachte, desto vertrauter wurde ich mit ihm. An meinem Stiefelabsatz war ein Eisen locker. Wenn ich daselbe vollends abriß, am Fensterstein schwärz rieb und mir damit die Fußsäber öffnete? Ein Entweichen des Blutes, der Lebensgeister, und bald finde ich Ruhe. Bald die Ruhe und den Frieden, die ich, soweit ich zurück denken konnte, noch keinen Tag besessen, und die ich voransichtlich auch nie im Leben erringen werde.

Wozu auch sich noch länger langweilen und quälen? Angenommen, ich überwinde diese Wuth mit besser Haut, ist es denn sicher, daß mein Körper die nötige Widerstandskraft besitzt und die ganzen ein und einhalb Jahre Zuchthaus übersteht, welche noch vor mir liegen? Und wenn auch, würde ich nicht Spererlich und geistig so gedrohen sein, daß in der Welt draußen nur Noth und Elend meiner harrten? Und wenn dem ehemaligen Zuchthäuser auch die allerbedeutsamste Existenz zu gründen mislingt, wenn er schließlich doch im Schmutz des Lebens verfaßt? Selbst wenn sich mein Geschick günstiger gestalten sollte, muß ich nicht dennoch einlam meine Wege gehen? Kann ich einem Freund noch offen in die Augen sehen mit dem Bewußtsein, einst gefoltert und gepeinigt worden zu sein, getreten, wie man keinen Würm tritt? Muß dieses Bewußtsein mir nicht alle Lebensfreuden vergällen und mich doch noch, so oder so, in den Tod treiben? Alle Leiden und Schmerzen würden doch vergebens erduldet sein. Also fort mit diesem nutzlosen Leben!

So brütend, beschloß ich, die Unternehmung abzukürzen, mich am folgenden Morgen dem Direktor zu stellen, Alles an mich zu nehmen, und wenn Beikommen über den Lattenarett über mich verhängt werden sollten, — einfach einen Strich durch mein Leben zu machen.

Der Morgen kam. Ich wurde abgeholt, ich soll zum Hausvater kommen. Wie, nach der Hausvater? Soll ich etwa gar eingeliefert werden und will man mich vielleicht als unzulässig aus dem Zuchthause verweisen, wie früher aus dem Unterreicht?

Der Hausvater eröffnete mir verstimmt lächelnd: „Damit die Herren Hölzlinge etwas mehr Respekt vor ihren Vorgesetzten bekommen, damit sie eher wieder fromm und gläubig werden, und um auch sonstigen Pöbelnissen abzuhelfen, gebent der Herr Direktor eine Zeitung für Euch in's Leben rufen, und Dich hat er zum Chef-Redakteur ernannt. Hier bei mir selbst sollst Du Proben Deiner Befähigung ablegen. Dort“, nach dem Pult zeigend, „dort findest Du Papier und Bleistift; schreibe also genau und lehrbar, was ich Dir diktiere.“



Wang recht, und wenn wir's nicht vorher gewußt hätten, daß es so kommen würde, so könnten wir die Verfügung demnach als eine Auf- forderung betrachten, den Befehl, mit Ende September unter Er- scheinen einzuliefern, in "Wieder-Gründung" zu ziehen. Inwiefern wir waren auf alle diese Dinge vorbereitet, und so auch die Massen der Genossen in Deutschland. Einzelne mögen optimistisch gedacht haben, und diese ernüchert zu haben, in ein Verdienst, für welches man dem Urheber des Rundschreibens wirklich dankbar sein kann.

— **„Unmöglich“.** Der Gewerberat für Roggenbau hatte an den dortigen „Technischen Verein für Zuckersabrikation“ eine Anzahl Fragen in Bezug auf die im Reichstag eingebrachte Ar- beitergesetz-Novelle gerichtet. Der genannte Verein hat darauf in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung wie folgt geantwortet (wir entnehmen die Notiz dem „Berl. Volksblatt“):

„Es sei nicht möglich, jedem Arbeiter jeden Sonntag eine Ruhe von 30 Stunden zu gewähren. Die Arbeit in den Hohenzollernfabriken sei während der sogenannten Kampagne auf wenige Monate im Jahre beschränkt wegen der geringen Haltbarkeit des Rohmaterials. Sie falle in die Herbst- und Wintermonate, also in eine Zeit, wo es ein Segen (??) für die ländlichen Arbeiter sei, Arbeit zu finden. Die Art des Betriebes verlange Tages- und Nacharbeit. Der Sonntag unter- breche die Nebenverarbeitungen und sei der Aufrechterhaltung des Reinigungs- Arbeitens und Reparaturen gewidmet. Es sei die Einrichtung so ge- troffen, daß Tag- und Nacharbeit von Woche zu Woche unter den Arbeitern wechsele, und daß jeder Arbeiter jeden zweiten Sonnt- ag 24 Stunden Ruhe habe. Auch für das Weihnachtsfest und Neujahrsfest sei die Festsetzung einer bestimmten Ruhezeit nicht emp- fänglich (??). Deshalb müsse für die Arbeiter der Zuckersabrikation der Absatz 2 und 3 von § 106 des Gesetzes (Ausnahmen) Maß greifen. Von der Sonntagsruhe Sonntagabende wird behauptet, daß diese für die Arbeiter nachtheilig sein würde, wenn diese während der Woche, ihr früher verdientes Wochenlohn wieder zu verwenden. (??) Ferner wird die Einführung der geplanten Schutz- Bestimmungen für Frauen für die Hohenzollern-Fabriken als fast gleich- bedeutend mit der Unterjochung des Betriebes überhaupt erklärt. Der unmittelbare Fortgang der Arbeit lasse es nicht zu, nur des Tags Wädhren zu beschaffen. Man müsse dann auch für die leichten Ar- beiten Männer einstellen, was einerseits Mehrarbeit bewirke (also der Profit soll auf Kosten der Arbeiter gesichert, nicht geschmälert wer- den! Red.), die unter jetzigen Verhältnissen nicht zu tragen seien, an- dererseits den Arbeiterinnen löhrende Winterbeschäftigung nehme. (Diele Sorge! Red.) Es müsse deshalb § 139 d. Absatz 2 (Ausnahmen) An- wendung finden. Die Beschränkung der Arbeitszeit der verheirateten Frauen auf 10 Stunden und die 1/2-stündige Mittagspause für Ar- beiterinnen, welche ein Hauswesen zu betreiben haben, würde eine Aus- schließung derselben von der Arbeit herbeiführen.“

„Wir möchten wissen“, ergänzt das „Volksblatt“ die eingetragenen Bemerkungen, „wer andere als diese arbeiterschutzfeindlichen Antworten von den Industriellen erwartet hätte. Die Regierung doch wohl auch nicht. Deshalb lassen die obigen Erhebungen die „neue Sozialreform“ in so eigenartigem Maße erscheinen.“

Stimmt. Welcher Fortschritt, welche Reform wäre nicht von denen, deren Interesse mit der Erhaltung des alten Zustandes verknüpft ist, für nicht möglich“ erklärt worden. Und doch hat dieses „imbecille do mot“, dieses dumme Wort, nirgends weniger Berechtigung, als in der Industrie. Was die Herren vom „Technischen Verein“ als „nicht möglich“ hinzustellen belien und noch mehr — 36 Stunden Sonntagsruhe — ist in England allgemein durchgeführt und weder die „Industrie“ — unter diesem schätzenswerten Wort versteht das Unternehmertum bekanntlich den Profit — noch die industrielle Arbeiterschaft geht daran zu Grunde. Worunter sie leben, das ist die Schmutzlohnkurzweil, die ihnen von dem Lande der Heberarbeit und der Hungerlöhne gemacht wird, eine Schmutzlohnkurzweil, die noch gesteigert wird durch das System der Zuckerprämien. Es ist wirklich bedauernd, daß die Vertreter einer Industrie, die Dank einem verhältnismäßig oder vielmehr unverhältnismäßig begünstigten Ausnahmestellung auf dem Weltmarkt genießt, einen so bedauerlichen Arbeiterstand nicht erkennen zu können behaupten. Der Profiteur, die Arbeiter nicht erkennen zu können behaupten, steht die Heuchelei würdig zur Seite, die die 36stündige Sonntagsruhe für die Arbeiter in Aussicht stellt, weil sie durch dieselbe verdrängt würden, ihr früher verdientes (das stimmt allerdings) Wochenlohn zu verwenden“. Die Logik dieser vorangehenden Erziehungsmethode wäre, die Arbeiter nach volkreichem Tagewerk in einen Stall zu sperren und ihnen das Futter rationell vorzuschieben, was ja auch vielen dieser Art Arbeiterfreunde als Lösung der sozialen Frage vorschwebt. Wer aber noch nicht auf der Höhe ihrer Sozialwissenschaft angelangt ist, sagt: erst der Ver- gabe der Arbeits- und Lebenskraft in den Fa- briken ein Negei vorgehoben, und dann wollen wir auch die Frage der Vergabe der Einkommen aufheben. Aber was dem Ginen Recht ist, ist dem Andern billig. Ist es Recht, dafür zu sorgen, daß der Arbeiter sein früher verdientes Wochenlohn nicht vergeblich, so ist es sicher kein Unrecht, auch dafür zu sorgen, daß der Unternehmer seine frü erworbenen Dividenden und Lantien nicht verdrängt. Es ist das etwas schwerer, wie das Erstere, aber es ist keineswegs — un- möglich.

— **„Auch, unmöglich“.** Weil wir gerade von den Annahmen der Zuckersabrikanten sprechen, so können wir nicht um- hin, eine Zuschrift abzugeben, welche die Berliner „Volksztg.“ neulich unter dem sehr treffenden Titel „Wer da hat, dem wird gegeben“, veröffentlichte. Die „Magdeburger Ztg.“, des Sprachrohre der Zuckers- abrikanten, hatte in einem längeren Artikel dargestellt, daß die Ab- schaffung des jetzigen widerwärtigen Systems der Zucker-Materialsteuer und Ausfuhrprämien absolut unmöglich sei. „Keine Regierung“, hieß es da u. A., „kann auch thätlich die Verantwortung auf sich nehmen, den kleinen Steuergebern, welcher sich aus dem System der Nebenbeschäftigung für den Fabrikanten ergibt, die sogenannte Ausfuhr- prämie zu beschneiden.“

Darauf wird in der „Volksztg.“ geantwortet:

„Dies ist eine vollständige Entstellung der Thatfachen, da der kleine Steuergebern in Wirklichkeit für die Zuckersabrikanten annähernd 28 Millionen Mark jährlich beträgt. Nach dem Steuerge- setz vom Juli 1887 sollen zur Erzeugung von 1 Doppelzentner Zucker 10% Doppelzentner Neben erforderlich sein, dem 10% Doppelzentner Neben à 80 Pf. per 100 Kilogramm Neben- steuer repräsentieren die Ausfuhrprämie von 850 Mk. per 100 Kilogramm. Nach diesem Ausfuhrverhältnis hätte somit in der Kampagne 1889/90 die Erzeugung aus den bearbeiteten 98 Millionen Doppel- zentnern Neben circa 9,25 Millionen Doppelzentner Zucker und nach Abzug des Inlandsbedarfes von 4,5 Millionen Doppelzentner die Aus- fuhr 4,75 Millionen Doppelzentner betragen müssen. Die Einnahmen des Reiches aus der Nebensteuer wären dann gewesen: Nebensteuer auf 98 Mill. Doppelzentner à 80 Pf. = 78,4 Mill. Mk. ab: Ausfuhrprämie auf

4,75 Millionen Doppelzentner Zucker à 8,20 Mk. = 40,4

Einnahme 38,0 Mill. Mk.

Da jedoch in der Kampagne 1889/90 die Zuckerezeugung nicht 9,25 Millionen Doppelzentner, sondern 12,6 Mill. Doppel- zentner betrug, so gelangen zur Ausfuhr nicht 4,75 Mill. Doppel- zentner, sondern 8 Mill. Doppelzentner. Die Einnahmen des Reiches aus der Nebensteuer stellen sich dementsprechend, wie folgt:

Nebensteuer auf 98 Mill. Doppelzentner à 80 Pf. = 78,4 Mill. Mk. ab: Ausfuhrprämie auf

8 Mill. Doppelzentner Zucker à 8,50 Mk. = 68,0

Einnahme 10,4 Mill. Mk.

Nach der Ansicht des Gesetzgebers sollte also das Reich in der lau- fenden Kampagne an Ausfuhrprämien zahlen 40,4 Millionen Mark, nach jedoch thatsächlich 68 Millionen Mark entrichten. Die Zuckers- abrikanten, deren angeblicher Nothstand täglich durch die bekannt wer- denden hohen Dividenden für 1889/90 recht drastisch illustriert wird, erhielten somit für 1889/90 vom Reich die hohen Prämien einer Liebesgabe von 27,6 Millionen Mark. Dies verschweigt wohlweislich die „Mag. Ztg.“, ebenso die „Ztg.“, daß die Einnahme der Zuckersteuer in Höhe von 78,4 Millionen Mark in erster Linie durch die Verbrauchsabgabe auf 4,5 Millionen Doppelzentner à 12 Mk.

pro 100 Kilogr. gleich 54 Millionen Mark repräsentiert wird. Die „Mag. Ztg.“ verschweigt ferner, daß jüngst in Frankreich durch die Hebung des Zuckersubstanzes (Erhöhung der Zuckersubstanz von 20 Fr. auf 30 Fr.) den dortigen Zuckersabrikanten die bisherige Ausfuhr- prämie um 18 Millionen Franken gekürzt wurde. Darin wird jedoch die „Mag. Ztg.“ Recht haben, wenn sie sagt:

„Ohne die Steuer, die die Zuckersteuer in den Finanzplänen des Herrn Dr. Rouvel seine Stelle einnimmt.“

Für uns war es längst feststehend, daß jeder zum Minister ernannte Nationalliberale unter einer Reform der Steuern nur das Aufstehen neuer Steuern versprechen konnte. So werden die Spiritus- und Zucker- barone, diese Geistes der Nation, nach wie vor mit Behagen und Ruhe die Reichskasse verheeren können. Wohl bekomms!“

So die „Volksztg.“. Um den Widerstand des jetzigen Besteuerungs- systems in der Zuckerindustrie noch anschaulicher zu machen, sei folgen- des hinzugefügt. Wenn 98 Millionen Doppelzentner Neben in der ab- gefahrenen „Kampagne“ 12,6 Millionen Doppelzentner Zucker ergaben, so beweist das, daß im Durchschnitt heute nur noch 7,84 Doppelzentner Neben gebraucht werden, um einen Doppelzentner Zucker zu erzeugen. Auf jedem Doppelzentner Zucker liegen demnach etwa 9,27 Mark Material- steuer. Wenn Export dagegen erhält der Fabrikant 8,50 Mk. zurück- vergütet, d. h. das Reich gibt dem 2,23 Mk. Exportprämie auf den Doppelzentner Zucker zu, und das Reich wird natürlich die Steuerzahler. Um den Ausfall, der der Reichskasse aus diesem Missverhältnis erwächst, zu decken, ist für den glücklichen Reichsbürger eine Ertrags-Zucker-Verbrauchssteuer von 12 Mk. pro Doppelzentner er- hoben. Er muß seinen Zucker doppelt versteuern, damit der Fabrikant in den Stand gesetzt wird, diesen süßen Artikel auf dem Weltmarkt veräußern zu können. Das nennt man auf deutsch: Fürsorge für den armen Mann. Keinen Arbeitererwerb, aber Aufrecht- erhaltung der Lebensmittellieferung. Welche Verantwortung“ für eine Regierung, wenn sie sich unterstände, diesen nichtswürdigen Zustand beizubehalten zu wollen. Dann würden ja möglicherweise die Dividenden der Zuckersabrikanten von 20 auf 10 oder — schrecklich zu sagen — gar nur auf 5 Prozent sinken, die armen Aktionäre müßten darben, während die Arbeiter ihr Wochenlohn an lustigen Sonntagen vergeuden. Nein, das kann keine Regierung dulden.

— **Die Opfer des Elberfelder Rostprozesses** oder viel- mehr der Pinnoff-Kammhoff-Röllinghoff werden im Gefängnis in einer Weise behandelt, die zu bitteren Klagen Anlaß bietet. So wurden z. B. einige derselben, wie die „Elberfelder Fr. Presse“ jüngst berichtet, mit Gefangenen zusammengepackt, die wegen Strafen- Haus u. ihre Strafe verbüßen. Wie in solcher Gesellschaft unter Fremden zu Wuthe ist, zeigt die Presse hinzu, kann sich jeder leicht denken“. Und weiter berichtet das Organ der Genossen des Wupper- Thaales:

„Ein in derselben Abtheilung“ einquartierter Sozialdemokrat grüßte während des halbtägigen Spazierganges die in einer andern Abtheilung liegenden Freunde, die zu gleicher Zeit spazieren geführt wurden, durch Aufhebung der Hand bis an den Hut in militärischer Weise, ohne jedoch irgend ein Wort zu sagen. Sofort war der Aufseher da und herrschte den Gefangenen in roherm Tone an und drohte sogar mit Schlägen. Die meisten Verurtheilten hatten bei ihrem Eintritt in das Arresthaus verstanden, daß sie hinein zu nehmen. Dadurch sind sie jetzt in die unangenehme Lage versetzt, ihren resp. Angehörigen nicht einmal einen Brief schreiben zu können; der mit dieser Materie be- trante Polizei-Inspektor Barthel verweigert kurzer Hand Papiere und Konvert, sowie Feder und Tinte zum Briefschreiben, wenn der nöthige Rißel zur Frankatur nicht vorgelegt werden kann. Die Angehörigen „unserer Gefangenen“ würden gern das doppelte und dreifache Porto zahlen, wenn es ihnen vergönnt wäre, ein Lebenszeichen von den Lieben hinter den Kerkermauern zu erhalten, zumal der Besuch selbst den direkten Angehörigen angenehm erschwert und für dieselben höchst peinlich ist. Die ersten vier Wochen wird gar kein Besuch gestattet, dann wird aller- dings die Erlaubnis zum Besuche gnädig erteilt, aber in einer Art, welche die Verheiratheten, soweit sie davon bisher Gebrauch gemacht haben, für die Zukunft darauf verzichten läßt. Die Gefangenen werden nämlich in ein Zimmer geführt, das in der Mitte durch ein starkes Gitter ge- trennt ist, und durch dieses Gitter dürfen dann die Angehörigen in Gegenwart von Gefängnisbeamten einige Worte wechseln. Von einem Handdruck kann dabei keine Rede sein, das Gitter hindert daran und nach wenig Augenblicken der heftigsten Aufregung trennen sich der Mann vom Weib, das Kind vom Vater, oder Bruder vom Bruder. Wahrscheinlich, in keinem Lande der völkischen Welt (Kontinent gehört nicht dazu) werden politische Andersdenkende mit solchem Raffinement behandelt.“

Genüß, und es ist die Pflicht aller Vertreter der Forderungen poli- tischer Freiheit gegen solche unwürdige Verfolgung bis in's Gefängnis hinein energisch Protest zu erheben.

### Warnung.

Der Mann **G. Reiche** in Hamburg, wohnhaft gewesen 2. Bor- segen 16, Haus 4 1, welcher dort in der letzten Zeit einen Kolpor- tagebeschäft in Arbeiterliteratur betrieb und auf Grund von ihm verschiedentlich unter schlagener Zeller Samlungen, die er in Veranlassungen zu veranlassen pflegte, vor einiger Zeit im „Hamburger Echo“ als Betrüger gebrandmarkt wurde, ist vor circa 14 Tagen in London angekommen. In unserem Geschäft verlangte er den Redakteur zu sprechen, wurde aber Mangels jeder Legitimation abgewiesen.

Im kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Verein“ versuchte er durch regellose Judringlichkeit zu imponieren, hat aber, insofern ihm gewor- dener Ablehnung, einen weiteren Besuch unterlassen. — Es ist nun möglich, daß er sonstige deutsche Arbeiterkreise hier brandschlagt oder nach **Amerika** abgedampft ist.

Für alle Fälle warnen wir vor diesem betrügerischen Schwindler. Die beschränkte Presse in Amerika und allwärts wird gut thun, rechtzeitig auf denselben aufmerksam zu machen.

Reiche ist aus Sachsen gebürtig und steht etwa Ende der Vier Jahre. Er ist mittlerer Statur, hat etwas hervorstehende Vorder- zähne, blondes Haar, hellen Schnurrbart. Zumeilen trägt er eine Brille und holt mitunter beim Sprechen gleich einem Brustranken tief Athem.

London, den 20. August 1890.

**E. Bernstein & Co.**

### Briefkasten

der Expedition: P. P. Dijon: 50 Cts. f. Schrift, erh. und Weiteres H. Spezialatg. besorgt. Edg. am 14/8. abgez. — Claus Groth: Avis v. 12/8. erh. Hat denn die Sache dort so lange ge- dauert? — Annraba: Pölg. nach Vorbericht vom 7/8. besorgt. Gruß! — Die rothen Saureländer: Hoffentlich erwacht dem Betref- fenden das Gewissen, bevor er öffentlich unglücklich gemacht wird. Näheres am 12/8. H. u. Pölg. vorgeh. — Wharao: Wf. v. 9. am 12/8. beantw. — Grul. London: Sch. 12. — f. Schft. erh. — Rip- van: Dank f. Nachr. v. 13/8. Wir rechnen auf Sie und berichten Näheres, sobald aus G. erwartete Bescheide hier sind. Gruß! — Vorlex: Nehmen Notiz v. 6. am 12/8. Wir sind und haben nach Wunsch Weiteres H. berichtet. Ausbleibendes wird stündlich eintreffen. — Z. v. M.: M. 60. — a. Cto. Ab. x. erh. u. Pölg. vorgeh. Edg. u. Noia baldmöglichst. — Rth. Behme: Avis am 15/8. pr. Zwischen- hand erh. Gr. u. zugelegte Note erwartet. Gruß! — M. D. London: Sch. 6. — f. Schft. erh. — M. M.: M. 50. — a. Cto. Ab. x. erh. u. Pölg. vorgeh. — M. Gt. Dd. Charlton: Sch. 6. — f. Schft. erh. — J. S.: Sch. 29.03 f. Schft. erh. — J. G. M.: Wf. v. 2. — pr. Ab. 3. Du. erh. — Altk. Vdn.: Sch. 98/4 f. Schft. u. Dd. Edg. erh. — Armer Rouard: M. 26. — a. Cto. Ab. x. erh. — Spreuwell: M. 35.90 a. Cto. Ab. x. erh. u. Pölg. zur baldmöglichsten Vfg. vor- gemerkt. Abz. geordnet. — Ringerder: M. 42.75 Ab. D. u. Voll. bis Ende 3. Du. 90 erh. — Ruth und Kraft: M. 50. — a. Cto. Ab. x. erh. M. 13.35 u. M. 12.75 pr. Gr. gutgebr. Wf. Weiteres. — Rth. Geldlad: Avis v. 16/8. hier. Gruß! — Mann v. Volk: Warum

geben Sie die betreffenden Nummern nicht an? Wie soll man denn da reklamiren? W. ist im Schritt. — For: Brief war ganz in Ord- nung. Uebrigens ganz wie Sie wollen. Gehendes haben reklamirt u. vom Weiteren d. Notiz genommen. — Kubikon: Avis u. Wf. v. 13. u. 15. am 18/8. beantw. — Rth. Gerberus: Avis v. 12/8. erh. Gruß! — Rosa: Nachr. u. Refz. x. v. 12. u. 14/8. erh. u. Abz. fort- verwendet. Fdr. hier. Wf. v. 18. erl. d. unfr. v. 19. f. Schft. sich in eine „hohle Leiche“ anzugreifen. Gr. u. Wf. erh. — Wöning: Wahrscheinl. hängt in Fwischenhand und wird eingereicht, wie alles Weitere. Nicht zu verpassen, daß Aufträge und Wege sehr komplizirt sind. Kostrates erwartend H. Näheres. — G. S. v. D.: M. 5.60 Ab. Wf. v. 2. Du. erh. — Wöning: Somet nicht ver- griffen, ist Dicht besorgt. Abz. x. vorgeh. Werden für größte Genauigkeit und Deutlichkeit in Zwischenhand sorgen. — Schippe: Gedauis v. 17/8. hier, sowie Wf. u. Pölg. ad notam genommen. — C. P. Gliko: Wir kennen keinen Franz, sondern nur den Ber- räter John Kew's, Joseph Venkert, der allerdings gegenwärtig „Aufträge“ in Amerika hat. Hier das gewünschte Signalment: Größe ca. 1,75 M.; Haare dunkelbraun, schlicht zurückstehend; hohe Stirne; Gesichtsfarbe erdfabl. Trägt dunklen Schnurrbart und zeitweilig spär- lich kurzen Vollbart, je nach Erforderniß der Nase. Augen dunkel, Blick unruhig, Kopf mit hervorstehenden Vorderzähnen vornübergebeugt. Sprache im Gurgelton mit scharfem „R.“ Hahnhäutle, langer Hals, dunkle bückige Augenbraunen. Ganneryphysiognomie. Alter ca. 34 Jahre, sieht aber älter aus. Spricht wienerrischen Dialekt und sucht beim Sprechen auf Gemüth zu wirken. Geben Sie Nachricht über Ihre „Studien“! — Mouchard Jülich: Und wo man von dem Ginen spricht, vergeht den „verläumderten Schurken“ nicht! Denn, — jetzt um's Wädhren „der Dide“ im Pot, treibt zum Hofette „den Sungen“ die „Noth“; — zweierlei Wesen und einerlei Dred, zweierlei Treib- geld und — einerlei Zweck. — Falken: Gewünschtes folgt lt. Vorlage vom 18/8. 76 Cts. haben Sie noch gut. Gruß.

### Für die gemafregelten Streiker in Hamburg

sind und zur Uebermittlung ferner zugegangen: ML 1604.45  
Cultirt in Nr. 33  
Bon P. Wiza und Gen. in Dijon Fr. 10. — 8.—  
ML 1612.45

### London. Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein

40 Tottenham Street.

Samstag den 23. August, Punkt Abends 9 Uhr,

### Vortrag von Hrgr. Baethle

über

### Die Zivilisation des 19. Jahrhunderts.

Samstag den 30. August

### Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

### Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komite.

Der seinerzeit durch Gerichtsentcheid wegen Beleidigung des Chem- niker Kommerzienraths Vogel verbotene Roman des jüngst verstorbenen Schriftstellers Dr. Max Vogler:

### Der Herr Kommerzienrath.

Eine moderne Geschichte

von

Max Vogler

ist durch uns zu herabgesetztem Preise von Mk. 1.—, portofrei Mk. 1.20,

nach zu beziehen. Früherer Verkaufspreis: Mk. 3.—

Dieser Roman zählt einhundert zu den besten soz. Romanen der jün- geren Schriftsteller und ist auch seiner äußeren Ausstat- tung nach durchaus empfehlenswerth.

Daß er voll aus dem Leben geschöpft, dafür ist das Urtheil der Chemniger Klassenjustiz der beste Beweis.

Wir empfehlen unseren Genossen

### Der Arbeiterschuh

besonders

### die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung und

### der Achtstundentag.

Von Karl Kautsky.

Preis: 30 Pfg.

Diese, bereits in zweiter Auflage erschienene Broschüre ist unter den

unabhängig der Pariser Kongreßbeschlüsse und der Manifeste über dieses

Thema erschienenen Schriften unzweifelhaft die gründlichste und zur

Charakterisierung der im deutschen Reich jetzt betriebenen sogenannten

„Sozialreform“ unerlässlich.

Bei dem raschen Abzug der ersten Auflage war es uns bisher un-

möglich, unsere ausländischen Besteller zu bedienen; die Verlebung

der zweiten Auflage hat bereits begonnen, und sehen wir weiterhin

zahlreichen Bestellungen entgegen.

Unsere Genossen und Freunde zur weitesten Verbreitung bestens

empfehlen

Sozialdemokratische Bibliothek Heft XXXI.

### Die Entwicklung des Eigenthums.

Von P. Lafargue.

Preis: 40 Pfg. = 50 Cts.

Sozialdemokratische Bibliothek Heft XXXII.

### Der Zeitgeist.

Eine Skizze von G. A.

Preis 20 Pf. = 25 Cts.

Sozialdemokratische Bibliothek Heft XXXIII.

### Das kommunistische Manifest.

Vierte autorisirte deutsche Ausgabe.

Mit einem Vorwort von Fr. Engels.

Preis: 20 Pfg. = 25 Cts.

Porto pr. Einzel-Exemplar 6 Pfg.

Im Verlag von G. Muehler in Cincinnati (Ohio, R. M.)

Walnut-Street No. 490, ist neuerdings erschienen:

### Am Webstuhl der Zeit.

Ein sozialpolitischer Roman in 8 Bänden

von

H. Otto Walster.

Preis: Complet (in 20 Heften) broschirt Mk. 4.—, franko, besgl. hiesig gebunden 0.—

Lieferung nur gegen Vorkaufsauszahlung.

Printed for the proprietors by the German Cooperative Publishing Co. Kentish Town Road 114 London N.W.